WOLFGANG KIRK

# Veränderung durch Digitalisierung mit kritischer Vernunft

**Ein Beitrag zur Diskussion unter Berücksichtigung von Aspekten der öffentlichen Verwaltung**

WOLFGANG KIRK

# Veränderung durch Digitalisierung mit kritischer Vernunft

Ein Beitrag zur Diskussion unter Berücksichtigung von Aspekten der öffentlichen Verwaltung

**Veränderung durch Digitalisierung mit kritischer Vernunft**


- Vorbemerkung
- 1 Analyse der bisherigen Entwicklung
  - 1.1 Ursachen der Veränderung
  - 1.2 Auswirkungen für die öffentliche Verwaltung
  - 1.3 Art und Umfang der Konflikte
- 2 Die gesellschaftliche Übereinkunft: Respekt
  - 2.1 Überblick
  - 2.2 Gründe
  - 2.3 Probleme
- 3 Konformität
  - 3.1 Der Standard
    - 3.1.1 Das Verhalten
    - 3.1.2 Das Denken
  - 3.2 Zwang
    - 3.2.1 Zeitgeist
    - 3.2.2 Technischer Fortschritt
    - 3.2.3 Gesellschaftlicher Wandel
- 4 Digitalisierung
  - 4.1 Vorbemerkung
  - 4.2 Sachstand: Nachholbedarf bei der digitalen Transformation
  - 4.3 Problembeschreibung
    - 4.3.1 Ausgangssituation
    - 4.3.2 Am Anfang ist die Bürokratie
    - 4.3.3 Wie der Hamster im Rad
    - 4.3.4 Die Folgen des gesellschaftlichen Schweigens
    - 4.3.5 Stärkung des demokratischen Diskurses
  - 4.4 Chancen und Risiken
    - 4.4.1 Chancen
    - 4.4.2 Risiken
- 5 Gesellschaftliche Kritik
  - 5.1 Ideologischer Konflikt
  - 5.2 Politischer Realitätssinn
  - 5.3 Fortschritt nach menschlichem Maß
- 6 Strategie zum Handeln
  - 6.1 Logisches Denken
  - 6.2 Kritische Distanz
  - 6.3 Folgen einer mangelnden Kritik und fehlender Distanz
  - 6.4 Menschliches Versagen
- 7 Schlussbemerkung
- Impressum
- Fußnoten

# Vorbemerkung

Was ist sicher in der Arbeitswelt in unserer heutigen Zeit: Zusagen, Strukturen, Inhalte, Arbeit, Einkommen, Leben, gar Zufriedenheit? Alles scheint zu erodieren oder sollte man sagen: Es gibt Anlass zur Sorge, weil nichts mehr gilt? Wie sagt man so sarkastisch: Was interessiert mich mein Gerede von gestern. Und das ist es, was nach mener Auffasung erheblich zur Verunsicherung beiträgt. Nur wenige im Politikbetrieb und in den anderen für die öffentlche Verwaltung wichtigen Bereichen der Gesellschaft wollen sich wirklich an Ihren Aussagen messen lassen.
Lassen Sie uns einmal die mit den soeben aufgeworfenen Fragen verbundenen Probleme näher untersuchen um festzustellen, was dran ist an der vermeintlichen Kritik und was sich dahinter wirklich verbirgt. Dabei soll hier als Arbeitshypothese gelten:

- In der Bundesrepublik Deutschland benötigt man grundsätzlich eine bezahlte Arbeit,
- das Arbeitsentgelt sichert die wirtschaftliche Existenz,
- Arbeit und Einkommen sind mithin Voraussetzungen für ein einigermaßen autarkes Leben.

Beginnen wir also die Forschung nach den Ursachen für die Verunsicherung in den vorgenannten Feldern: Arbeit, Einkommen, Leben.

# 1 Analyse der bisherigen Entwicklung

Früher war alles besser, so sagt man: Von 1949 bis zur Wiedervereinigung in 1990 ist die öffentliche Verwaltung grundsätzlich von erheblichen strukturellen Veränderungen verschont geblieben.
Ab diesem Zeitpunkt - so lässt sich das geschichtlich ermitteln - hat die Politik die Reformwürdigkeit und -notwendigkeit erkannt und diese Umstände zum Anlass genommen tiefgreifende Veränderungen einzuleiten:

- Reform der kommunalen Verwaltung: Neues Steuerungsmodell
- Privatisierung: Telekommunikation, Post, Elektrizität, Bahn alle Anstrengungen im Zusammenhang mit dem Abbau der viel gescholtenen staatlichen Bürokratie, und zwar beispielsweise:
    - Veränderung des Personalkörpers: Reduzierung hoheitlicher Aufgaben zugunsten einer Übertragung von Aufgaben auf Tarifbeschäftigte
    - Straffung der Organisation: Veränderung einer dreistufigen Aufbauorganisation (Veränderung oder Wegfall der mittleren Verwaltungsebene)
    - Aufgabenkritik:Aufgabe von staatlichen Aufgaben (staatlicher Rückzug) und/oder Übertragung an Private (Privatisierung von Krankenhäusern/Uni-Kliniken) bzw. Öffnung für Tätigwerden durch Private (Arbeitsvermittlung)

## 1.1 Ursachen der Veränderung

Durch Wegfall des Ost-West-Konfliktes meinte man in einer sicheren zukünftigen Welt leben zu können und hat daher u.a. die hohen Ausgaben beispielsweise für die militärische und zivile Landesverteidigung drastisch reduziert:

- Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz
- Aufgabe von Schutzbauten
- Reduzierung von Bekleidung, Medikamenten, Verpflegung, etc. für eine evtl. Ausnahmesituation
- Verringerung der Bundeswehr (Personal, Material).

Aber auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland hat viele bewogen, Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fordern:

- Forderung nach Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen in Staat/Gesellschaft,
- Vorwürfe u.a. aus der Wirtschaft/von Beratungsunternehmen/der Wissenschaft über zu viel Staat (zu hohe Staatsquote),
- Änderung im Verhältnis Bürger/Verwaltung: von der Hoheitsverwaltung zur Dienstleistungsverwaltung
- beginnende Auswirkung der Erfindung des Internets auf die Lebensweise und das Komsumverhalten der Menschen und auf die Arbeitswelt
- Vermeintliche Notwendigkeit zur Privatisierung von Dienstleistungen im allgemeinen öffentlichen Interesse: Gesundheit, Transport, Kommunikation
- Sensibilisierung der Menschen für die Notwendigkeit zum Aufbau einer eigenen zusätzlichen Vorsorge für Pflege/Rente (Einführung der Pflegepflichtversicherung/"Riester"-Rente,
- Hartz-Reformen I-IV: Fördern und Fordern.

Diese Aufzählung kann nicht abschließend alle Gründe für eine Forderung nach Veränderung erfassen. Sie ist dennoch ziemlich aufschlussreich bezüglich der Veränderung insbesondere mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung.

## 1.2 Auswirkungen für die öffentliche Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung stand aufgrund der erheblichen Veränderungswünsche vor einem riesigen Berg an Aufgaben:

- Öffnung aller Tätigkeiten auch für Frauen in allen Arbeitsbereichen,
- Reduktion von Kosten,
- Umgestaltung zur Dienstleistungsverwaltung,
- Organisations-/Dienstrechtsreform,
- Veränderung auch auf die Sicht einer Berufstätigkeit (Job-Denken).

Also lässt sich zusammenfassend aussagen: Das Selbstverständnis der öffentlichen Verwaltung unterlag aus dieser Sicht einer *radikalen Veränderungsrotwendigkeit*.
Deshalb sind auch die daraufhin erfolgten Auseinandersetzungen und insbesondere auch deren inhaltliche Schärfe in der jeweiligen Austragung interessante Wegweiser einer Veränderungskultur.

## 1.3 Art und Umfang der Konflikte

Nun steht man vor der Schwierigkeit, die Konfliktarten und deren Rahmenbedingungen notwendigerweise systematischer einordnen zu müssen:

1. Für die Fragen einer Privatisierung lassen sich primär ideologische Gründe identifizieren: Kennzeichnend für eine Marktwirtschaft - jedenfalls in einer sehr liberalen Ausprägung - gilt die zutiefst verinnerlichte Überzeugung für eine Selbstregulierung durch den Markt und das Marktgeschehen. Alle Beeinträchtigungsversuche - beispielsweise durch den Staat oder durch die gesellschaftlichen und politischen Kräfte - sind daher unerwünscht und werden diskreditiert. Wenn von staatlichen Eingriffen die Rede ist, wird schnell zur ideologischen Auseinandersetzung übergangen: wir wollen keine sozialistischen oder kommunistischen/marxistischen Verhältnisse. Insbesondere auch unter dem Eindruck des Versagens dieser Ideologien in einem Teil der heutigen Bundesrepublik Deutschland (ehemalige DDR), meint man deshalb äußerst intensiv darauf hinweisen zu müssen.
2. Für die Änderung des Selbstverständnisses in der Dienstleistungsfunktion ist die Einflussnahme des Europäischen Rechts maßgebend Die Europäische Union hat den Begriff der Dienstleistung im europäischen Rechtsraum vereinheitlicht. Bezogen auf die öffentliche Verwaltung ist jetzt von *Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI)* in den Kategorien:
    - Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse,
    - nicht wirtschaftliche Dienstleistungen,
    - Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse

    die Rede (vgl.: Europäische Kommission).
3. Für die Änderung der Geschlechterrollen sind rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen maßgebend. Mit dem Grundgesetz hat die Bundesrepublik Deutschland die Gleichheit von Männern und Frauen verfassungsmäßig garantiert. Die Empörung der Frauen aufgrund der noch nicht verwirklichten Gleichberechtigung hat eine grundsätzliche konfliktäre Situation in der Zivilgesellschaft ausgelöst mit der Folge einer auch gesetzlichen Verschärfung des Rechts zur Durchsetzung (Gleichheitsgesetz, etc.).
4. Für die Änderung im Bewusstsein des Stellenwertes von Arbeit sind die Änderungen von Lebensverhältnissen mitverantwortlich: Wir können uns heute mehr leisten als frühere Generationen. Das gilt auch für ein Mehr an Freizeit. Die Einstellung zur Arbeit verändert sich also auch durch die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: in vielen Fällen trifft man deshalb auf ein Job-Denken, dass mit der Auffassung zur Arbeit in früherer Zeit nicht mehr überstimmt. Kritiker emängeln daran aber auch einen Verlust an Realitätssinn, denn wenn man ihnen folgt, ist eine Beschäftigung sozusagen nicht *zwangsläufig von Gott gegeben*.

    Andererseits zeitigt die heutige Leistungsgesellschaft aber auch ein Defizit an Zeit für Erholung. Der Stress ist gewaltig geworden. Teilweise wird er noch durch den Stress in der Freizeit bzw. im privaten Leben zusätzlich verschärft: auch in der Freizeit will man die totale Beschäftigung und ein Höchstmaß an Nutzen.

    Zu dem Aspekt einer *Totalen Freizeit* hat die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen einen Arbeitstext herausgegeben, der wichtige Kriterien der Freizeitgesellschaft benennt. (EZW - Arbeitstext 2: Totale Freizeit; der Text ist leider vergriffen und derzeit nicht elektronisch erhältlich, sondern nur in Papierkopie).

# 2 Die gesellschaftliche Übereinkunft: Respekt

Distanz und Nähe sind Attribute des Respekts. Umgangssprachlich bezeichnet man das Verhältnis in der Form *Du bist mir sehr Nahe* (Nähe) bzw. *Komm mir nicht zu nahe* (Distanz). Mit Respekt lassen sich viele - nicht alle - Probleme lösen. Schauen wir mal genauer hin:

## 2.1 Überblick

*Respekt vor der Person*
Einer sehr nahen Person kann Man(n) sehr Nahe kommen: der Klaps auf den Po der Ehefrau/Lebensgefährtin/Freundin zeigt: Ich lieb Dich oder Du bist sexy: was auch immer Mann damit ausdrücken will. Jedenfalls geht das nicht bei einer Unbekannten: das wäre Belästigung, im schlimmsten Fall sogar Körperverletzung bis hin zu sexuellen Straftaten.
*Respekt vor der Sache*
Ist ein Thema, Arbeit, etc. schwierig, so sagt man im Volksmund: vor der Sache habe ich höllischen Respekt.
*Respekt vor dem Recht*
Hat man z.B. das Eigentumsrecht an einer Sache im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches muss jeder dieses Recht akzeptieren. Besitzt man lediglich die Sache - hat man diese nur in Obhut, Verwahrung, Benutzung - so muss diese Sache auf Verlangen des Eigentümers an diesen herausgegeben werden.
Der Respekt vor dem Recht wird auch mit dem Begriff der *Loyalität des Staatsbürgers* vor dem Staat und den staatlichen Organen/Regelungen gekennzeichnet.

## 2.2 Gründe

Ohne Respekt kann die Zivilgesellschaft nicht bestehen. Die gesellschaftliche Übereinkunft regelt das Miteinander. Nicht der Staat allein mit seinem Gewaltmonopol kann den gesellschaftlichen Frieden garantieren. *Der Staat sind wir* beschreibt diesen Umstand am nachhaltigsten. Wir schulden uns gegenseitigen Respekt. Damit ist gemeint, das hier das Prinzip der Gegenseitigkeit gilt: Die eigene Freiheit hat dort ihre Grenze, wo die Freiheit des Anderen beginnt. In der Praxis ist es schwierig die genauen Grenzen zu erkennen.
Beispiel: Wer selbst seine Meinung gerne nach Außen vertritt, der sollte auch seinem Gegenüber Zeit und Raum geben sich zu Äußern: d.h. ausreden lassen, zuhören. Hieran mangelt es oft.

## 2.3 Probleme

Wir leben heute in einer Leistungsgesellschaft in der es wichtig ist, Ziele zu erreichen. Manchmal scheint es den Verfechtern einer gewissen Radikalität beim Denken und Durchsetzen wichtiger zu sein, *das Ziel* zu erreichen, prinzipiell egal um welchen Preis.
*So nicht* sagen die Einen, *Geht doch* meinen die Anderen. Hierin stecken Konflikte. Eine Zivilgesellschaft benötigt zwar u.a. auch den demokratischen Streit, nicht jedoch *Kampf* bis zur gegenseitigen Vernichtung.
Eine Zivilgesellschaft benötigt auch den Ausgleich, das Maßhalten.
Maßhalten setzt Akzeptanz von Grenzen voraus. Ob dies heute noch gilt, ist schwer auszumachen. Manchen erscheint der Preis des Verlustes einer gewissen sozialen Liberalität durchaus gerechtfertigt. Für diesen Mangel werden verschiedene Begriffe eingeführt: Empathie, Sozialverständnis, -verhalten, soziale Intelligenz, die den Mangel umschreiben. Dieser sehr akademische Streit bringt aus meiner Sicht in der Realität nicht viel, höchstens Verwirrung.
Wie auch lässt sich ein Realitätsverlust durch akademischen Streit bzw. Konkurrenz der Begriffe ausgleichen. Man benötigt den Respekt, doch gibt es immer *gute Gründe*, weniger respektvoll miteinander umzugehen: rüder Umgangston, Rechthaberei, denn man will und muss ja gewinnen in der Leistungsgeellschaft.
Wir brauchen keine neuen Begriffe, sondern mehr Respekt in der Realität.

# 3 Konformität

Die Anpassung erscheint vielen Zeitgenossen eine unabänderliche Voraussetzung zum Über-(Leben) zu sein. Es kann damit nicht früh genug begonnen werden: am besten schon in der Kita, fortgeführt in der Schule, Ausbildung, im Beruf und Leben sollen alle begreifen, wie wichtig angepasstes Verhalten ist; notfalls mit Zwang.
Doch wie viel Zwang benötigt der Mensch, um seine Individualität dann doch gänzlich zu verlieren. Anders ausgedrückt: Ist der heutige Konformitätsdruck wirklich noch menschengerecht?
*Konformitätsdruck bezeichnet den wahrgenommenen Druck auf ein Individuum zur Anpassung seines Verhaltens oder Denkens, um mit dem Gruppenstandard übereinzustimmen.* (Stangl, 2018). [1]

## 3.1 Der Standard

Was ist also der Verhaltens- oder Denkstandard und wer bzw. welche Gruppe (Menschen, Organisation) bestimmt ihn und übt Gruppenzwang aus?

### 3.1.1 Das Verhalten

Von uns wird ein bestimmtes Verhalten erwartet, das zumeist in der Phase unserer Sozialisation vermittelt wird: Tischmanieren, Sexualverhalten, Sozialverhalten, etc..
Hierfür gibt es nicht immer geschriebene oder gesetzliche Regeln, sondern zumeist entstehen diese Konventionen aus stillschweigender Übereinkunft der Bürgerinnen und Bürger und unterliegen regelmäßig dem Zeitgeist, d.h. sie sind anpassungsfähig und werden auch regelmäßig angepasst.
Daneben finden sich auch Verhaltensweisen, die sich aus der Tradition herleiten lassen: Berufsausübung, Kleidungsvorschriften, etc.. Diese Verhaltensmerkmale lassen sich nur schwer dahingehend einordnen, ob sie veränderbar sind.

### 3.1.2 Das Denken

In der vorgenannten Sozialisationsphase werden auch bestimmte Denkmuster von den älteren Menschen auf die jüngeren Menschen übertragen:

- Vorstellungen von Liebe, Partnerschaft, Ehe, Familie,
- persönliche, soziale bzw. gesellschaftliche und politische Werte,
- Traditionsverständnis,
- Glaubensfragen,etc..

Zunehmend übernehmen aber auch Organisationen - also juristische Personen - die Aufgabe auf das Denken einzuwirken:

- Firmen wollen die Kaufentscheidung beeinflussen (Produktwerbung),
- Parteien wollen das politische Denken beeinflussen (Werbung für eine bestimmte Politik, Wahlwerbung),
- der Staat. Interessenverbände und Verlage wollen das bestimmte Denken im jeweiligen Gebiet durch Publikationen (Ratgeber) beeinflussen: Essen, Trinken, Sport. Sexualität, Freizeit, etc..

## 3.2 Zwang

Einige Zeitgenossen sehen sich genötigt darauf hinzuweisen, dass der Zwang bisweilen terroristische Züge angenommen habe; sie reden z.B. von Konsumterror, staatlichem Terror.
Dieser rüde Ton der Übertreibung erscheint nicht angemessen, sondern nur *maßlos* übertrieben und bisweilen politisch gezielt einseitig formuliert. Andererseits führt eine Bagatellisierung des Drucks auf den Einzelnen wiederum zur maßlosen Untertreibung. Ich denke hier liegt das Maß in der Mitte, also im sog. *Mittelmaß*: mittlere Quantität und Qualität.
Es besteht mithin ein Dilemma: wo ist das Mittelmaß. Kann man es greifen, fassen, erkennen? Mit normalen Methoden des Alltags wohl kaum. Unsere Alltagssprache und unser Alltagsdenken sind nicht geeignet, solche Probleme darzustellen und gar zu objektivieren.
Leider ist das erfassen des Zwangs durchaus schwierig. Das bietet Raum für Einflussnahme, die nicht erwünscht ist (*Manipulation*). Diese wiederum wird so geschickt getarnt, dass man die Manipulation kaum bzw. häufig erst im Nachhinein bemerkt. Hierzu zählt auch die Lüge. [2]

### 3.2.1 Zeitgeist

Was den Geist einer Zeit ausmacht, wird etwas übertrieben geschichtlich als *Geist in einer Epoche* bzw. populär als *Mentalität der Zeit* beschrieben. Heutige Themen des Zeitgeistes sind u.a.:

- Fitness, Aussehen und Schönheit,

- Durchsetzungskraft,
- Kommunikation,
- Unabhängigkeit und Freiheit.

Man bemerkt schon bei dieser Aufzählung das Problem. Viele Themen halten sich über die Zeit: Aussehen und Schönheit zum Beispiel sind zu allen Zeiten wichtig. Was das Aussehen und die Schönheit ausmacht, hat sich jedoch verändert.

### 3.2.2 Technischer Fortschritt

Der technische Wandel ermöglicht uns heute ein weniger körperlich hartes Berufs- und Alltagsleben. Auf der anderen Seite steigen die Zahlen von Menschen die klagen über

- Hektik und Stress,
- Überlastung,
- psychische Instabilität (z.B. Aggression, Depression, innere Unruhe),
- physische Instabilität (Erschöpfung, Schlafstörung, Hyperaktivität).

Die sogenannten Zivilisationskrankheiten nehmen in heutiger Zeit dramatisch zu. Vielleicht ist eine Erklärung hierfür auch die eigene Überforderung (z.B. falsches Freizeitverhalten).

### 3.2.3 Gesellschaftlicher Wandel

In unserer heutigen Gesellschaft hat sich etwas verändert:

- Menschen sind anspruchsvoller und werden älter als in früheren Zeiten (Anspruchsdenken, Folgen der Überalterung),
- Menschen haben Angst vor wirtschaftlichem Abstieg, vor Krieg, vor Migration (Zukunftsangst),
- Folgen fehlerhaften Verhaltens sind durchaus gravierender (gesellschaftlicher Ausschluss),
- zentrale geschichtliche Fragen holen uns ein (Kapitalismus, Populismus),
- Verführbarkeit wächst (Indoktrination, Manipulation).

Die ängstlichen Reaktionen auf solche Veränderungen sind teilweise irrational: wieder Forderung nach dem starken Staat, Stärkung des Rechts- und Linkspopulismus, Hetze und Stimmungsmache im Internet.
**Folgerung**
Man könnte also sagen, dass der Mensch einem enormen Anpassungsdruck ausgesetzt ist, der alleine durch die Veränderungen in der Gesellschaft entsteht. Wir brauchen wegen einer politischen Stabilität deshalb eine wehrhafte Demokratie. Damit lässt sich sozusagen im Umkehrschluss aber auch klarmachen, was es gilt zu vermeiden:

- *Gedankenpolizei*: *Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten*. Dieser Teil aus einer Strophe eines Liedes sollte uns alle ermahnen daran festzuhalten, alles denken zu dürfen. Denkverbote sind schwierig zu begründen. Solange aus dem Denken keine unmittelbaren Handlungen folgen und abgeleitet werden, gilt dieses Prinzip der Gedankenfreiheit vorbehaltlos.
- Einschränkung der Freiheit ohne Augenmaß. Es ist eine genaue Abwägung zwischen Einschränkung der Freiheit und wirkungsvoller Gefahrenabwehr des Staates notwendig.

# 4 Digitalisierung

## 4.1 Vorbemerkung

Vernetzte Verwaltung: Behörden fürchten Digitalisierung mehr als Flüchtlingskrise. [3]
Schon länger ist zu beobachten, dass man sich neben anderen Fragen auch und gerade mit der Frage der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung etwas schwerer tut als in der Privatwirtschaft, diese in die Realität umzusetzen.
Die Ursachen hierfür sind nicht gänzlich transparent und deshalb in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Es erscheinen jedoch folgende Überlegungen als Ursache möglich:

- man scheut die Auseinandersetzung mit den Interessenvertretungen, die jedoch erforderlich ist, damit die Personalprobleme und andere Folgen zumindest angesprochen werden können,
- man scheut das finanzielle Risiko, weil insgesamt die mit der digitalen Revolution verbundenen Folgen nicht abschließend bekannt sind, dieInvestition in die Zukunft wird aber auch gescheut, weil das eigentliche politische Ziel der Abbau von Bürokratie ist (Einsparung, weniger Staat): damit laufen Maßnahmen für Investitionen grundsätzlich in die entgegensetzte Richtung (sog. Interessenkonflikt). Dies will man dem Grunde nach vermeiden.

Diese Aufzählung kann nicht vollständig sein, da die tatsächlichen Gründe nicht öffentlich gemacht werden.
Es stellt sich mithin die Frage, warum die Öffentliche Verwaltung bei der Digitalisierung einen Nachholbedarf von bis zu 15 Jahren aufweist, je nachdem in welchem Verwaltungsbereich man tätig ist. Wobei der zeitliche Faktor beim sogenannten Nachholbedarf variiert, abhängig von der natürlichen oder juristischen Person, die diesen zeitlichen Faktor jeweils aussagt bzw. vertritt.
Der Begriff Digitalisierung ist mehrdeutig:

- einmal kann damit die digitale Umwandlung und Darstellung bzw. Durchführung von Information und Kommunikation oder die digitale Modifikation von Instrumenten, Geräten und Fahrzeugen (*digitale Transformation*) und
- zum Anderen kann damit die *digitale Revolution* bzw. der digitaler Wandel [1] oder die dritte industrielle Revolution

gemeint sein.
Hier soll die Deutung primär im Sinne einer digitalen Transformation berücksichtigt werden. Für die Problemanalyse ist jedoch auch auf die Deutung im Sinne der digitalen Revolution einzugehen.

Im Rahmen der digitalen Transformation geht es für Organisationen (Privatwirtschaft, öffentliche Verwaltung) darum, analoge Instrumente und Arbeitsprozess immer mehr durch die Nutzung digitaler Technologien zu ersetzen. Dabei verändern Faktoren wie die neue Menge an Daten, die fortschreitende Vernetzung und Automatisierung sowie die digitale Kundenschnittstelle bisher bestehende Wertschöpfungsketten. Je höher die digitale Reife der Organisationen in Zukunft ist, umso mehr sind diese in der Lage, neue Möglichkeiten zu erkennen, zu entwickeln und diese möglichst schnell umzusetzen. [1]

## 4.2 Sachstand: Nachholbedarf bei der digitalen Transformation

**Das Vergleichsproblem**
Unstrittig scheint in der öffentlichen Diskussion jedoch die Tatsache als solche zu sein, dass ein Nachholbedarf bei der Digitalisierung im Sinne einer digitalen Transformation in der öffentlichen Verwaltung vorliegt; jedenfalls wird dies überwiegend so gesehen. Um das Feststellen zu können, müssen Vergleichsangaben oder vergleichbare Tatsachen über den Stand der Digitalisierung in anderen Organisationsbereichen vorhanden sein. Infrage kommen zur vergleichenden Betrachtung insbesondere rein privatwirtschaftlich organisierte Organisationen aber auch nichtstaatliche Organisationen (NGO) ohne erwerbswirtschaftliche Ausrichtung.
Bei dem Versuch einer Recherche zutreffender und aussagekräftiger Informationen aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung erfährt man, dass solche Daten kaum vorliegen, sieht man mal von den Daten des Bundesamtes für Statistik / der Landesämter für Statistik über die Ausstattung mit IT, etc. ab.
Es gibt Erfahrungsberichte aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes und hier insbesondere aus den Landesverwaltungen, z.B. über die elektronische Grundbuchführung im Land NRW (SolumSTAR). Aber aus diversen Einzelprojekten kann nicht realistisch die Gesamtsituation abgeleitet werden.
Für die Bundesverwaltung gibt es Konzepte zur Transformation, z.B. das *Organisationskonzept elektronische Verwaltungsarbeit* (Info hier), aber inwiefern tatsächlich Projekte damit realisiert werden bzw. bereits wurden, ist aus öffentlich zugänglichen Quellen nicht herauszufinden.
Auch wird in einigen Verwaltungsbereichen geplant eine elektronische Akte einzuführen bzw. die Einführung wird bereits umgesetzt, so in der Bundesverwaltung (gem. § 6 Abs 1. S. 1 EGovG - gültig ab 01.01.2020 - sollen ..."Die Behörden des Bundes ... ihre Akten elektronisch führen. Satz 1 gilt nicht für solche Behörden, bei denen das Führen elektronischer Akten bei langfristiger Betrachtung unwirtschaftlich ist.") und einigen Ländern, z.B im Land Schleswig-Holstein. [4]
Mir fällt auf, dass diesbezügliche Informationen aus dem Bereich der Bundesverwaltung nicht öffentlich vorliegen. Der Bundesminister des Innern informiert zum *Stand der Umsetzung der Digitalen Agenda für Deutschland* (Digitale Agenda

2014-2017), wobei hier der Fokus auf den Maßnahmen und die Folgen für alle Bereiche des Lebens und Arbeitens liegt. In diesem Zusammenhang werden teilweise sehr detaillierte Informationen veröffentlicht (Legislaturbericht).
**Fazit**:

- Statistiken sagen nichts über den Stand der Digitalisierung im eigentlichen Sinne aus,
- inwiefern tatsächlich Projekte aufgrund von Konzepten realisiert werden bzw. bereits wurden, ist nicht immer genau herauszufinden,
- die Summe von Einzelprojekten sagt nichts über den tatsächlichen Stand der Digitalisierung aus.

# 4.3 Problembeschreibung

## 4.3.1 Ausgangssituation

Seit den Bemühungen in der deutschen Sozialwissenschaft in den 1980ger Jahren Reformnotwendigkeit und Reformansätze wissenschaftlich zu untermauern sind viele Jahrzehnte vergangen. Mehr oder weniger wurden unterschiedliche Ansätze versucht in die Realität umzusetzen:

- Public Management
- New Public Management (als Reform der Reform)

Aber einer Reform der Reform der öffentlichen Verwaltung geht die Puste aus. Die Ursachen sind m.E. vielfältig:

- die Finanzierbarkeit steht infrage,
- die politische Begründung aus den Reformjahren ist verpufft,
- die *digitale Revolution* verursacht Arbeitsprobleme und damit soziale Probleme auch für den Bereich der öffentlichen Verwaltung (der Mensch kann durch Technikeinsatz gänzlich ersetzt werden),
- die Reformen sind nicht immer politisch mit Erfolg verbunden, sodass teilweise ein Umdenken erfolgt einhergehend mit der Rückbesinnung auf die eigentliche Aufgabe der Exekutive (z.B. Rückkauf ehemaliger öffentlicher Betriebe, z.B. Strom, Gas, Wasser).

Jedoch werden die Erkenntnisse unterschiedlich wahrgenommen:

1. die Politik berücksichtigt die öffentliche Meinung in der Form, dass die Wählerstimmen notwendig sind und damit der Abbau von Bürokratie als politisches Ziel definiert wird (damit kommt man bei der Wirtschaft und sonstiger Klientel gut an),
2. die sonstigen Teilnehmer am Diskurs über die Exekutive - einschließlich Bürger - betrachten dieses Thema auch unter dem Gesichtspunkt der *Nützlichen Erwägung* :

- für die Privatwirtschaft ist es schon zur Gewohnheit geworden auf bürokratische Defizite hinzuweisen, die ihre Interessen beeinträchtigen (regelmäßig: Aufwand),
- für den Journalismus ist es durchaus auflagestärkend (Printmedien) bzw. wahrnehmungseffizienter (Onlinemedien), wenn Kritik an öffentlicher Verwaltung oder am Staat geäußert wird - so wie auch bei anderen Themen -,
- für Autoren/Verlage sind Themen über Management - insbesondere Public Management - auf dem Büchermarkt oder im Internet einkommensrelevant und damit interessant,
- der Bürger kann durch Kritik am Staat gewissermaßen *Dampf ablassen*.

Worin liegen die Ursachen für das von mir als *Desaster* bezeichnete Stimmungsbild in der öffentlichen Wahrnehmung?

## 4.3.2 Am Anfang ist die Bürokratie

Die politischen und wirtschaftlichen Reformbemühungen basieren auf dem Ansatz die sog. staatliche aber auch private *Bürokratie* zurück zu drängen, also das Bürokratiewachstum wenn schon nicht ganz zu stoppen, so doch möglichst nicht zu befördern.
Das Leben und Arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland unterliegt im Wesentlichen einer Vielzahl von staatlichen Regelungen, beispielsweise

- privates und öffentliches Arbeitsrecht
- öffentliches Dienstrecht
- privates und öffentliches Versorgungsrecht (Rente/Versorgungsbezüge)

Regelungen sollen das Miteinander - auch im Konfliktfall - aus unterschiedlichen Beweggründen bestimmen:

- einen Rahmen für das eigene Handeln geben
- Verfahren zur Konfliktlösung aufzeigen
- Verhalten durch Gebote/Verbote beeinflussen, etc.

Aufgrund der Kompliziertheit von technischen Vorgängen oder sonstiger Verhältnisse sind auch die Umfänge der notwendigen Bestimmungen beträchtlich. Also stellt sich die Frage was zuerst war: die Kompliziertheit des Lebens oder der Umfang der Büokratie. Ich denke das diese Frage eindeutig mit Zustimmung für Kompliziertheit des Lebens beantwortet werden muss. Unsere technischen Prozesse und auch die Umweltbedingungen sind teilweise hoch Komplex: wir bewegen uns in einer technischen Umwelt die von Computern in einigen Fällen schon ohne wesentliche menschliche Beteiligung gestaltet ist (Ampelregelung, Signalgebung im Schienenverkehr, etc.). Aber auch im Heinbereich hat der Computer längst Einzug gehalten und ist für die Erledigung der privaten Arbeiten nicht mehr weg zu Denken: Homebanking, Selfpublishing, das Internet der Dinge (z.B. SmartHome), digitale Fotografie, Film, IPTV, etc.
Hier stellt sich jedoch noch eine andere Frage: Ist Bürokratie dem Grunde nach schon negativ besetzt und ist es sinnvoll sie etwa gänzlich zu vermeiden? Oder drehen wir uns wie der Hamster im Rad?

## 4.3.3 Wie der Hamster im Rad

Der Mensch ist von Natur aus neugierig. Er ist deshalb auch an ständiger Verbesserung interessiert: das hat zur Folge, dass er sein Handeln ständig überprüft. So heißt es jedenfalls regelmäßig von den Vertretern der Lehre von der Wirtschaftlichkeit des Tuns (Volks-/Betriebswirte) Denn es geht ja um Effizienz, jedenfalls hauptsächlich. Aber Vorsicht: aus meiner Sicht stimmt das nicht immer und in allen Fällen. Ich denke es muss Ausnahmen von der Absolutheit von Effizienz geben:

- bei ethischen Fragen [1]
- bei der Behandlung von Menschen zum Beispiel in der Arbeitswelt: Belastbarkeit, Kosten, Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Die *digitale Revolution* lässt voraus ahnen, dass die menschliche Arbeitskraft zunehmend durch technische Prozesse ersetzt werden kann (*Künstliche Intelligenz*): Das betrifft nicht nur den sog. einfachen Arbeiter sondern zunehmend auch die höherwertigen Tätigkeiten. [5]
Nur wollen wir das gesellschaftlich noch nicht wahrhaben. Wenn es so weitergeht mit der Effizienz geht uns die Arbeit aus: jedenfalls die Möglichkeit des Menschen durch das Angebot von bezahlter Arbeit ein Einkommen zu erzielen, das den Lebensunterhalt sicherstellt - und zwar eigenständig ohne staatliche Transferleistungen -, wird wahrscheinlich immer geringer bzw. schwieriger. Der (Konkurrenz-) Kampf um bezahlte Arbeit wird zunehmen und härter.

## 4.3.4 Die Folgen des gesellschaftlichen Schweigens

Derzeit wird über die *Vollbeschäftigung* im statistischen Sinne in der Bundesrepublik Deutschland wenig diskutiert. [6] Damit fehlt die kritische Distanz zu diesem Sachverhalt. Ist die notwendige Distanz wenig ausgeprägt, wird das Erkennen von Problemen schwieriger (z.B. bei Problemen mit dem derzeitigen Generationenvertrag, die Anerkenntnis von Kinder- oder Altersarmut).
Dies Alles ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass künftig die gesellschaftliche Notwendigkeit zur Veränderung in folgenden Bereichen sichtbar wird und diskutiert werden muss, und zwar

- bei der Neubestimmung *was Arbeit ist*: denn die entgeltliche Arbeit wird reduzierter vorhanden sein bzw. gänzlich wegfallen. Vielmehr wird die Akzeptanz sog. *schwieriger Arbeitsverhältnisse* (Leiharbeit, Crowdworking [1]) sinken.
- beim Generationenvertrag: mit Auswirkungen auf das System der Rentenfinanzierung und der Versorgung der Bediensteten in öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnissen,
- bei der Neubewertung von gesellschaftlicher Arbeit: Aufwertung aller sozialen Tätigkeiten in dem Sinne das auch unentgeltliche Arbeit mehr wertzuschätzen sein wird: Kinderziehung, Ehrenamt: Wenn man so will eine Rückbesinnung auf die Werte mit der Ausprägung *Gemeinwohl*, *öffentliches Interesse* oder *Allgemeingut*.

Die erforderliche breite gesellschaftliche Diskussion - auch unter Umständen politisch sehr strittig - weil ideologisch - erfolgt zu schwerfällig: Es dauert einfach zu lange. Die Ursachen hierfür müssen an anderer Stelle ermittelt, analysiert und beschrieben werden: Es sei jedoch der Hinweis gestattet, dass auch Politiker Kenntnisse von Logik haben sollten. Bisweilen kann man den Eindruck gewinnen, das nicht immer die Regeln der Logik gelten sollen sondern vielmehr das *persönliche Prinzip*. Aber Demokratie lebt von der strittigen Diskussion die in angemessener Zeit und Art und Weise jedoch unbedingt zu tragfähigen Lösungen kommen muss. Dies gilt parteiübergreifend und gesellschaftlich umfassend (alle Institutionen, breiter Anteil der Bürgerschaft).

## 4.3.5 Stärkung des demokratischen Diskurses

Die eigentliche Reformfalle im Zusammenhang mit Effizienzsteigerungen ist wohl der folgende Umstand: Ausgehend von der Veränderung bei der Arbeit und durch die Möglichkeit durch Technikeinsatz den Menschen aus dem Arbeitsprozess zu *verdrängen* treten folgende Probleme auf:

- Angst:
  Die Betroffenen können nicht immer zeitnah neue Beschäftigungsverhältnisse eingehen, da in allen Branchen

Arbeitseffizienz verwirklicht wird. Die Folgen des Prozesses *Industrie 4.0* sind auch noch nicht gänzlich bekannt.

- Verdienstausfall:
  Der Staat leistet bei Arbeitslosigkeit Transferleistungen zur Lebenssicherung. Der Umfang von Arbeitslosigkeit wird jedoch voraussichtlich drastisch ansteigen mit der voraussehbaren Folge, dass hierfür erhebliche Steuermittel aufzuwenden sein werden.
- Alterssicherung:
  Das derzeitige Modell durch bezahlte Arbeit seine Rente mit zu finanzieren (=Generationenvertrag) ist so nicht mehr tragfähig.
- Verdrängung:
  die digitale Revolution verschärft den Verlust menschlicher Arbeitskraft. Intelligente Maschinen imitieren menschliche Fähigkeiten und können ihn in diesen Bereichen in naher Zukunft zumindest teilweise ersetzen. Wie sich dies beispielsweise bei Journalisten auswirken kann wird beschrieben von Oliver Nermerich. [1]

  Echte Redakteure erstellen Vorlagen mit Textbausteinen, die für das Genre üblich sind. Das Programm verbindet diese Textbausteine mit Datenbanken wie beispielsweise Vote Smart, aus denen es die relevanten Daten extrahiert, daraus Texte zusammenbastelt und veröffentlicht. Ändern sich die Daten, aktualisiert Heliograf Texte automatisch, und zwar schneller als jeder Mensch es je tun könnte. "Die Tools sollen unsere Arbeit lediglich effektiver und effizienter machen, jedoch keine Journalisten ersetzen", versichert Prakash. Stattdessen gebe man ihnen mehr Zeit für Geschichten, die intensive Recherchen und menschliche Instinkte erfordern.

## 4.4 Chancen und Risiken

Alle Feststellungen sind wenig aussagekräftig, wenn keine vernünftigen Schlussfolgerungen hergeleitet werden können. Deshalb muss an dieser Stelle die Betrachtung der Chancen und Risiken der digitalen Transformation erfolgen.

### 4.4.1 Chancen

Insgesamt lassen sich wohl folgende Chancen erkennen (nicht abschließend):

- Verbesserung der
  - medizinischen Versorgung: z.B. wirksamere Bekämpfung von Erkrankungen in der Medizin, Psychatrie, etc.,
  - Arbeitsbedingungen: z.B. bei gefährlichen oder körperlich anstrengenden Tätigkeiten,
- globaler Informationsaustausch durch weltweite Vernetzung: das Wissen der Menschheit ist ONLINE.
- das Internet der Dinge (IoT) verbindet alle Geräte des täglichen Lebens im Heim- wie im Arbeitsbereich zunehmend:
  - Haushaltsgeräte, Audio- und Videogeräte, Drucker, etc. werden Wlan-fähig oder
  - durch weitere kabellose Techniken miteinander verbunden.
- neue Produkte und Dienstleistungen lassen sich schneller verwirklichen.

### 4.4.2 Risiken

Die Risiken der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung sind abhängig von der strategischen Ausrichtung, vergleichbar wie bei privaten Betrieben. Deshalb soll hier der Fokus auf allgemeinere Aussagen liegen ohne zu sehr auf Besonderheiten der Verwaltungslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland einzugehen.

- *Kosten*:
  für die Umgestaltung sind erhebliche Mittel einzusetzen,
- *Arbeit*:
  durch die Neugestaltung werden Arbeitsplätze gefährdet,
- *Sicherheit*:
  durch Techniknutzung entsteht eine digitale Anfälligkeit fürSpionage, Sabotage, etc.
- *Radikalität*:
  die Veränderungen werden sich voraussichtlich schärfer auswirken, weil alle Arbeits- und Lebensbereiche durch die Digitalisierung betroffen werden.
- *Politik*:
  es werden nachhaltige Veränderungen der Rechts- und Gesellschaftsordnung erforderlich, die nur gemeinsam gelöst werden können. Der politische Streit muss um vernünftiger Lösungen Willen kanalisiert und auf ein absolut notwendiges Maß zurückgeführt werden. Die Schwierigkeit ist, das notwendige Maß zu bestimmen.

# 5 Gesellschaftliche Kritik

## 5.1 Ideologischer Konflikt

Mittlerweile ist hinreichend allgemein bekannt, dass die Bundesrepublik Deutschland keine *Soziale Marktwirtschaft* in der von Bundeskanzler a.D. Prof. Dr. Erhard wesentlich mitgeprägten Form mehr ist. Daraus ergeben sich für die inhaltliche Diskussion - über z.B. Grenzen einer Marktwirtschaft, mehr oder weniger Staat, etc. - durchaus ideologische Konflikte.
Die Thesen von Karl Marx, zusammen gefasst in seinem Standardwerk *Kapital*, werden in der öffentlichen Diskussion fälschlicher Weise mit dem nach seinem Tod entstandenen *Marxismus* gleichgesetzt und deshalb nicht wahrgenommen bzw. sogar diskreditiert. Dennoch: viele der Kernaussagen von Marx sind heute noch gültig, etwa über den grundsätzlichen Konflikt zwischen Kapital/Arbeit. Die Radikalität des Denkens und der Sprache von Marx sind für viele heutigen Beobachter fremd und unannehmbar.
Ich denke, dass diese Einstellungen verändert werden müssen. Es muss zumindest erlaubt sein, Marx'sche Thesen auf Gültigkeit für die heutige Zeit zu untersuchen, ohne als Sozialist bzw. Kommunist abgestempelt zu werden.
Wie jede ideologische Konfrontation leidet eine solche Auseinandersetzung in der extremen Form an zu viel Polemik, Demagogie und fehlender kritischer Distanz.

## 5.2 Politischer Realitätssinn

In vielen Auseinandersetzungen in den unterschiedlichsten Politikbereichen wird häufig die These vertreten, es sei *nur* das politisch Machbare zu gestalten, da die Menschen lediglich dafür die Zustimmung erteilen würden. Da man ja grundsätzlich die Mehrheitsmeinung berücksichtigen müsse, könne es einen differenzierten Lösungsansatz zwar theoretisch - nicht jedoch praktisch - geben. Diesem Diktat des politisch Machbaren müsse man letztlich alles unterordnen. So sei nun mal die Politik in einer westlichen Demokratie.
Aber stimmt das wirklich? Was ist dran, dass viele Menschen mit den sogenannten *einfachen Lösungen* nicht mehr zufrieden sind, dass sie sich nach tragfähigen Zukunftsperspektiven sehnen, ja sogar nach politischen Visionen. Viele bringen ja gerade zum Ausdruck, dass sie das Fehlen von Politikern mit Visionen vermissen.
Und warum soll es auch keine Visionen einer Zukunft selbst heute geben.
Die politischen Parteien wirken an der politischen Meinungsbildung des Volkes mit (Parteiengesetz). Sie bieten Angebote für eine Politik in vielen Bereichen. Dabei bleibt es ja gerade in einer Demokratie weiterhin möglich, dass sich die Menschen selbst informieren und durchaus zu anderen Erkenntnissen kommen (können). Vielleicht ist u.a. hierin die heutige Schwäche der politischen Diskussion fest zu machen. Die großen Parteien - sog. Volksparteien - verlieren an grundsätzlicher Zustimmung. Sie nehmen den Wunsch von Vielen nach

- konstanten Prämissen (Sicherheit, Glaubwürdigkeit),
- politischen Visionen,
- einvernehmlichen Lösungsansätzen,

nicht wirklich Ernst genug. Das hat zur Folge, das einige Menschen sich abwenden und zur *Strafe* populistischen und extremen Parteien bei Wahlen die Stimme geben.
Was für ein falsches Denken und damit für eine gefährliche Kette an Fehlern.
Wegen der Gerechtigkeit: ein solches Strafverhalten von wahlberechtigten Menschen ist auch nicht zu billigen. Diese Menschen müssen sich fragen lassen, warum sie nicht in den übrigen - nicht extremen bzw. populistischen - Parteien den *Ochsenweg* der Veränderung wagen. Haben sie wirklich diesen Parteien ihre unterschiedliche Haltung zur Kenntnis gebracht oder sind sie nur Frust-Bürger ohne Handlungsperspektive. Frust alleine rechtfertigt noch nicht die Beschädigung der Demokratie durch Wahl von populistischen und/oder extremen Parteien, auch dann nicht, wenn die eigenen Vorstellungen nicht sofort verwirklicht werden. Es geht doch um Evolution - dafür ist Geduld und Selbstdisziplin notwendig - nicht um Revolution.
Und: wo bleibt der Resepkt gegenüber den Mitbürgern, die durch solches Verhalten in demokratische Schwierigkeiten geraten.
Die Demokratie lebt vom Streit im Sinne von Ringen um gute oder sogar bessere Ansätze, aber eben nicht von Dummheit!

## 5.3 Fortschritt nach menschlichem Maß

Für einen Fortschritt nach menschlichem Maß hat Alt-Bundespräsident Rau in seiner Berliner Rede vom 18.05.2001 in der Staatsbiblithek zu Berlin appelliert:

"Die Antworten auf die Frage: "Was ist gut für den Menschen?" finden wir weder in der Natur noch in unseren technischen Möglichkeiten. Wir können sie nur finden, wenn wir ethische Grundsätze für unser persönliches Leben und für das Zusammenleben von Menschen formulieren, achten und selber leben. Ganz gleich, was wir tun oder nicht tun, wir treffen ja immer wertende Entscheidungen - gewollt oder unbedacht, bewusst oder unbewusst. " (Rau: Berliner Rede 18.05.2001)

Im Zusammenhang zwischen Ethik und den Folgen der Digitalisierung ist es wichtig den gesellschaftlicn Dialog in folgenden Bereichen zu fördern:

- Konkretisierung der ethischen Herausforderungen,
- Integrative Betrachtung der Bereiche wie Arbeitswelt, Gesundheit, IT-Sicherheit und Mobilität,
- erste Lösungsansätze in nationalen und internationalen Dimensionen sind zu erarbeiten und
- bestehende Blockaden sind zu lösen, Ängste aufzugreifen und Menschen mitzunehmen.

Hier wird ein Beitrag der Gesellschaftsethik (auch: Sozialethik) gefordert, der erst im Anfangsstadium diskutiert wird (in Foren, auf Tagungen, unter Ethikern), jedoch ist ein gesellschaftlich relevanteer Diskurs unter Berücksichtigung öffentlich zugänglicher Quellen derzeit noch nicht erkennbar.

# 6 Strategie zum Handeln

Es gibt für die Bewältigung von Konflikten anerkannt notwendige Kriterien, deren Einhaltung wesentliche Voraussetzung zur Konfliktreduzierung sind. Dabei werden je nach dem Thema teilweise unterschiedliche Kriterien geltend gemacht und ggf. in einer Mediation berücksichtigt.
Aus meiner Sicht gibt es jedoch gerade *grundsätzliche Voraussetzungen*, um Konflikte von vornherein zu vermeiden. Nur wenn diese Prämissen allgemein *akzeptiert* werden, lassen sich Konflikte unter Umständen vermeiden, mindestens aber entschärfen:

- logisches Denken [1]
- kritische Distanz.

## 6.1 Logisches Denken

Es führt kein Weg daran vorbei: in unserer heutigen hoch komplexen Welt geht nichts ohne Berücksichtigung von Rationalität. (Bauch)-Gefühl und Erfahrung alleine reichen in vielen Situation einfach nicht mehr aus. Was unsere Großeltern noch ohne grundsätzliche Kenntnisse und Überprüfung richtig fanden, erscheint heute zumindest fragwürdig.
Da die Welt zunehmend verrechtlicht ist, also Regeln unser Leben wesentlich mit prägen (Rechtsordnung, technische Regeln), ist es schon aus diesem Grunde folgerichtig und damit logisch, sich mit der *Logik des Denkens* auseinander zu setzen. Dies ist eben alleine keine wissenschaftliche Disziplin mehr, sondern wird heute zur zwingenden Voraussetzung für das Verstehen unserer Welt, beispielsweise der technischen und rechtlichen Folgen.
So wie sich das wirtschaftliche Denken - bedauerlicherweise - in *alle* Lebensbereiche hinein ausgebreitet hat, so sollte die Kenntnis über logisches Denken zum Allgemeingut werden.
Denn Denkfehler führen in vielen Fällen zu falschen Schlussfolgerungen und damit zu fehlerhaften Entscheidungen. Diese Kausalkette darf nicht als gültig angesehen werden, sondern es müssen wirklich alle Anstrengungen unternommen werden, sie zu vermeiden. Die *Vermeidungspflicht* gilt sicherlich überall dort, wo wesentliche Tatbestände behandelt werden müssen.
Deshalb lässt ich sagen, dass die Kenntnis und Beachtung der Regeln des logischen Denkens insbesondere auch für die Politik notwendig ist. Aber auch für alle übrigen gesellschaftlich relevanten Organisationen (Wirtschaft, Verbände) einschließlich privater Haushalte schadet die Kenntnis sicherlich auch nicht (vgl. Fussnote 12).

## 6.2 Kritische Distanz

Die Nähe zu Themen zur Wirtschaft, zum Staat und zur Politik ist bei vielen Menschen auch berufsbedingt. Einmal weil sie in den Bereichen arbeiten (Beamte, kaufm./techn. Angestellte, Politiker), andererseits weil sie auf den jeweiligen Gebieten außerhalb der Bereiche forschen und/oder beraten. Bei vielen ist aber eher das allgemeine Interesse an den verschiedenen Bereichen der Grund für ihre Beschäftigung damit.
Leider fällt auf, das bei aller Notwendigkeit einer eigenen Beurteilung und sogar Entscheidungs- oder Beratungskompetenz dabei eher ein Mangel an

- Kritik, insbesondere auch Selbstkritik und
- Distanz

anzutreffen ist. Diese *Mangelerscheinung* kann jetzt viele Ursachen haben:
*Nützlichkeit*:
die Kritik bzw. zumindest ein kritisches Bewusstsein ist unbequem, macht unsicher, Distanz wirkt unpersönlich und beide sind deshalb nicht gern gesehen: Man will keinen falschen Eindruck erwecken!.
*Gruppenzwang*:
die Berufswahl und die Zugehörigkeit zur Gruppe (Beamte, Politiker, Manager, Arbeiter, etc.) zwingen zur Übernahme eines bestimmtenVerhaltens, das meist die Kritik und Distanz abflacht bzw. sogar negiert: wer will schon Kritiker in den eigenen Reihen!
*Abhängigkeit*:
wirklich autarke Menschen, die sozusagen keine Abhängigkeiten kennen, sind letztlich wohl Einsiedler. Jeder ist von Jedem in gewisser Weise abhängig: persönlich, beruflich, wirtschaftlich. Da in Deutschland im Regelfall eine abhängige Beschäftigung gegen Entgelt die Voraussetzung für ein wirtschaftlich einigermaßen autarkes Leben ist, sind Viele z.B. von bezahlter Beschäftigung abhängig: alles was diese Abhängigkeitsbeziehung(en) beeinträchtigen könnte, soll vermieden werden.
*Egozentrik/Egoismus/Narzismus*:
Viele Menschen sind an gesellschaftlichen und politischen Prozessen grundsätzlich nicht interessiert. Sie interessieren sich zu erst einmal nur für sich selbst. Ihre Rücksichtnahme ist relativ wenig ausgeprägt. Gemeinsinn ist nicht immer erkennbar. Wenn es nicht so läuft, wie sie sich das vorstellen, verhalten sie sich teilweise extrem gestört (Aggression, Neid, Missgunst, Mobbing, etc.): Alles wird aus der persönlichen Perspektive betrachtet.
*Rechthaberei*:
Wer immer recht haben will ist gestört, denn Rechthaberei führt schnell zur Besserwisserei, zum übersteigerten Geltungsdrang, gar zum Größenwahn.

*Naivität/Denkfehler*:
Einige Menschen glauben an sog. Gesetzmäßigkeiten: daran kann man doch nichts ändern; das ist eben so! Warum also Zeit, etc. investieren, wenn man doch nichts ändert oder ändern kann. Hierin ist schon der grundlegende Gedanke der Nichtveränderbarkeit falsch: schon das Denken verhindert eine *richtige* Handlung (Tun, Dulden, Unterlassen). Das ist fatal.

## 6.3 Folgen einer mangelnden Kritik und fehlender Distanz

Es ist nicht einsehbar, warum diese Auswahl von Gründen letztendlich jede mangelnde oder fehlende Kritik/Distanz rechtfertigen kann oder sollte. Logisch ist das auch nicht. Warum also mangelt es an der *Einsichtsfähigkeit*, dass wir nicht nur in ganz bestimmten Berufen (Beamter, Arzt, Sachverständiger) oder bei ganz bestimmten Aufgaben (Wissenschaft, Forschung) eine geradezu zwingende Pflicht zur Wahrheit (Kritik) und Neutralität (Distanz) benötigen.
Denn letztlich können die *Folgen* einer mangelnden oder gar fehlenden kritischen Distanz durchaus als gravierend bezeichnet werden:

1. fehlende soziale Akzeptanz:
    - Ungerechtigkeit durch fehlerhafte oder falsche Entscheidungen,
    - Nötigung/Erpressbarkeit durch Ausnutzung von Abhängigkeit,
    - mangelhaftes soziales Verhalten durch Egoismus oder andere soziale Verhaltensstörungen,
    - Lügen (damit ist nicht zwingend jede Notlüge gemeint), Schummeln, Tricksen.
2. fehlende Legitimation:
    - Verstöße gegen die Rechtsordnung: z.B. wirtschaftliche und politische Vorteile durch unzulässige Einflussnahme,
    - Manipulation (Tatsachen, Sachverhalte, Daten, Meinungen),
    - Unterstützung bzw. Fördern von negativen Eigenschaften/negativem Verhalten (Egoismus, Rücksichtslosigkeit, Aggressivität, Lügen),
    - gravierende gesellschaftliche und politische Fehlentwicklungen aufgrund menschlichen Versagens (Denkfehler, Korruption): es wird nicht mehr das gesellschaftlich oder politisch sinnvolle getan.

## 6.4 Menschliches Versagen

Neben einem technischen Versagen bei Unglücksfällen, etc., sollte die Zivilgesellschaft deshalb auch ein *menschliches Versagen* im Zusammenhang mit Fehlentwicklungen im Staat berücksichtigen: dabei ist das mangelhafte logische Denken aufgrund eines äußeren Zwangs (politische Mehrheit, sonstiger Gruppenzwang, auch die Macht der Straße) problematisch, da damit eine Nötigung/Erpressbarkeit zu einem bestimmten Tun, Dulden oder Unterlassen zum Teil fahrlässig gefördert wird. Dies erscheint gesellschaftlich eben nicht mehr akzeptabel.

Der Begriff *menschliches Versagen* entstammt der Unfallursachen-Forschung. Er bedeutet, dass in einer bestimmten - statistisch wird das zu erfassen versucht - Anzahl von Fällen nicht (allein) äußere Umstände (wie z. B. die Beschaffenheit der Straße) zu einem Unfall geführt haben, sondern eine Fehlleistung des Fahrers. Häufig wird dieser Begriff allerdings als Schlagwort in dem Sinne verstanden, dass *menschliches Versagen* Schuldlosigkeit, mangelnde Vorwerfbarkeit, bedeute. Das ist nur in seltenen Ausnahmefällen richtig, meistens wäre eben dieses Versagen bei gehöriger, zumutbarer Sorgfalt (Selbstbeobachtung und Aufmerksamkeit insbesondere) vermeidbar und wird daher rechtlich als gewertet, die Strafe oder Bußgeld zur Folge hat. (Quelle: Rechtslexikon.net)

*Beispiel*:
Im Wahlkampf werden Statements abgegeben, die zumindest mal fragwürdig sind, die jedoch die angesprochene Klientel und das angestrebte Ziel der Werbung als Wählerin/Wähler bedient. Dieses Verhalten ist zwar im Sinne der Logik nützlich, dient wahrscheinlich jedoch nicht dem eigentlichen Ziel im jeweiligen Politikbereich.
*Denkfehler und Folge*:
Der gedankliche Irrtum besteht in der Frage der sog. Nützlichkeit, denn zu erst hat man wahrscheinlich Erfolg; werden z. B. Versprechen jedoch nicht eingehalten, kann es zum Frust führen und damit zur Abwanderung von Wählerinnen/Wählern. Vielleicht ist dieses Beispiel zu *theoretisch* ausgedacht. Aber ist diese Folge nicht bei der Wahl zum Deutschen Bundestag in 2017 eingetreten, weil eine zumindest allgemmein als rechts-populistisch bezeichnete Partei letztlich in den Bundestag gewählt wurde?
An die Tatsache, dass es gerechtfertigt erscheint, auch den Menschen als das für Angriffe und Fehler potentiell gefährdete *Objekt* anzusehen, müssen wir uns wohl erst noch gewöhnen. Wir sollten dennoch mit dem *Faktor Mensch* als operationales Risiko rechnen.

# 7 Schlussbemerkung

I.
Es gibt Gründe für eine *Nachdenklichkeit*, die berücksichtigt, dass
a) die Bundesrepublik Deutschland kein Staat der *Dichter und Denker* (mehr) ist: trotz großer Bildungsanstrengungen sind die Menschen leider wieder anfällig für Manipulation und Indoktrination und Populismus. Hierzu trägt auch das Internet bei.
b) der *Wohlstand* ohne Bewältigung von Veränderung nicht aufrechterhalten werden kann: grundsätzlich wird Veränderung befürwortet, jedoch mit möglichst wenig eigenem Aufwand und die Folgen sollen aber die Anderen tragen.
c) die *Demokratie* und die *Freiheit* der Bürger nicht selbstverständlich sind:

- an der demokratischen Mitgestaltung sind die Wenigsten interessiert.
- der Staat versucht immer häufiger mit *guten Gründen* den liberalen Rechtsstat einzuschränken.

d) ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem nicht automatisch alle Probleme löst: Marktwirtschaft muss bezahlt werden. Dies fällt immer schwerer aufgrund der problematisch gewordenen Einkommensbildung.
II.
Wer hat außerdem wie selbstversändlich vorausgesehen, dass die soziale Marktwirtschaft schrittweise abgeschafft wurde, die staatliche Rente in Schwierigkeiten gerät, der Rechtsstaat zwar nicht unmittelbar gefährdet jedoch sehr herausgefordert ist, die Marktwirtschaft in der häutigen Ausprägung an ihre Grenzen kommt (Weltwirtschaftskrise 2008) oder die Digitalisierung die Gesellschaft als Ganzes nachhaltig verändern wird. Es lassen sich noch etliche Themen ergänzen.
Aber reicht das alles aus als Begründung für Frustation, Wut und Abwendung von der Demokratie hin zu Verständnis für Autokratie. Ich denke das wäre zu einfach erklärt. Viele Erlärungsversuche beschreiben diesen Umtand aus wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Sichtweise. Dies bleibt aber zu abstrakt und bringt im Ergebnis im Einzelfall zwar Kenntnis der Gründe, jedoch nicht der Ursache(n).
III.
Aus meiner Sicht müssen wir zugeben, dass Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen Fehler machen können, auch machen und auch versagt haben: es werden konsumiert

- Demokratie und Freiheit
- Wohlstand
- Rechtsstaat

etc. wie selbstverständlich ohne sich um den Preis zu kümmern, also die Gegenleistung für den Konsum, als wenn es sich hier um Wirtschaftsgüter handelte, die man komsumieren könnte. Aber es gibt dennoch einen Preis: der Gemeinsinn geht verloren. Nicht anders lässt sich der Zugewinn an Unstützung für Radikalität (links und rechts) sowie Populismus auch in der Bundesrepublik Deutschland erklären.
*Jeder für sich, Gott für uns Alle* sollte bei der Abfrage von Einzelleistungen, z.B. in der Schule bei Klassenarbeiten gelten, nicht jedoch bei der angesprochenen Problematik im Staat. Wenn sich die Einstellung der Menschen zum Staat, Gemeinwesen und zur Politik nicht ändert, schaffen wir die Digitalsierung und die Bewältigung ihrer gesellschaftlichen Folgen nicht.
Damit ist man aber beim menschlichen Versagen und eben nicht bei anderen Gründen.
IV.
Neben dem bürgerschaftlichen Engagement ist jedoch auch eine Vision bzw. Utopie für die Zukunftsgestaltung notwendig. An beidem mangelt es. Derzeit gibt es im deutschsprachigen Raum meines Wissens nur ein Sachbuch, das sich mit einer *Utopie für eine digitalisierte Gesellschaft* beschäftigt. [7] Das reicht für eine gesellschaftliche Diskussion alleine nicht aus. Aber auch von den Parteien fehlt ein Beitrag in Form einer Vision/Utopie derzeit in Gänze noch. Einzelne Ansätze sind fraglos erkennbar, aber es fehlt der *große Wurf*.
Wir brauchen dringend eine *Aufklärung* für eine digitalisierte Gesellschaft. Aber die einzelnen gesellschaftlichen Akteure schaffen das scheinbar nicht, da die *Praktiker* in der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft, der Politik, etc., letztlich mit dieser Aufgabe selbst auch überfordert sind.
Das gesellschaftliche Wissen hierfür ist vorhanden, nur nicht *zentral abgespeichert* sondern verstreut: an Universitäten, Forschungsinstituten, in Bibliotheken, Büchern, beim Staat, in der Wirtschaft, der Politik, der Bürgerschaft, im Internet, etc.. Es muss erst mühsam zusammen getragen werden, und das ist aufwendig: einmal ist die Recherche aufwendig, außerdem sind die Informationen teilweise nicht unerheblich kostenpflichtig.
Die erforderliche Wissensaufbereitung vor grundlegenden Entscheidungen sollte deshalb staatlich subventioniert werden: beispielsweise durch Bereitstellung von Organisation (Institut als Teil einer Universität, öffentlichen Verwaltung, etc.), Personal- und Sachausstattung. Auch deshalb, damit eine Unabhängigkeit gewahrt ist. Denn *Wissen ist Macht* und Macht muss sich im Staat demokratisch legitimieren.
Wie der Staat u.a. auch die Bürgerschaft aktiv beteiligen kann, lässt sich von FACEBOOK abschauen und kopieren: es wird eine Community im Internet eingerichtet auf der sich jeder beteiligen kann, eben nur nicht mit kommerziellen Zielen. Konkurrenz belebt das Geschäft auch hier. Die Menschen sind hiermit sicherlich zu erreichen und zum Mitmachen zu bewegen.
Wir brauchen eine Aufklärung jetzt und nicht erst in zehn Jahren. Im Sinne des Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog [8] gilt:

"Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von liebgewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen."

Für den Staat - somit für alle Bürgerinnen und Bürger - wird es sich *rechnen*.

# Impressum

Verlag: Wolfgang Kirk, Essen
ISSN 2627-8758
ISBN 978-3-96619-020-6 EPUB, DOI 10.2441/9783966190206
ISBN 978-3-96619-021-3 PDF, DOI 10.2441/9783966190213
ISNI 0000 0004 5907 4303
©2019 Wolfgang Kirk (Text und Cover)

Dieser Text ist als Diskussionspapier (DP) 1 Teil von Veröffentlichungen in der Reihe *Digitale Gesellschaft in Deutschland*.

Für die Gültigkeit der verlinkten Internetseiten wird keine Gewähr übernommen noch wird durch die Verlinkung irgend eine rechtliche Folge beabsichtigt oder anerkannt. Für den Inhalt der Seiten sind ausschließlich die Betreiber verantwortlich.

Der Text wurde mit Typora in
Markdown erfasst und formatiert und mit Pandoc konvertiert.

Stand: 01.01.2019

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte Bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.de abrufbar.

# Fußnoten

1. Stangl, W. (2018). Stichwort: 'Konformitätsdruck'. Online Lexikon für Psychologie und Pädagogik; Stangl 2018↩↩↩↩↩↩

2. Die Notlüge kann durchaus in manchen Fällen die zwischenmenschlichen Beziehungen erleichtern.↩

3. vgl. Kreuzburg, Dietrich: Artikel in FAZ vom 07.06.2016 (FAZ.net).↩

4. Vereinbarung nach § 59 MBG SH über die Einführung und den Einsatz der elektronischen Akte (E-Akte).↩

5. Es gibt Computer die mit Hilfe künstlicher Intelligenz selbständig Beiträge für Print-/Onlinemedien etc. erstellen. Dadurch wird die entgeltliche Arbeit des Journalisten zumindest auch bedroht.↩

6. In 2017 waren Wahlen zum Deutschen Bundestag. Die Bildung einer Bundesregierung brauchte Zeit. Die Regierungsbildung überlagerte alle anderen Themen.↩

7. vgl.: Precht, Richard David: Jäger, Hirten, Kritiker: Eine Utopie für die digitale Gesellschaft.↩

8. vgl.: Herzog, Roman: Berliner Rede vom 26.04.1997: *Aufbruch ins 21. Jahrhundert*, Hotel Adlon, Berlin (Herzog; Ruck-Rede)↩